Abendausgabe

Nr. 453 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 224

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
25. September 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Eröffnung der Polizei-Ausstellung.

Ansprache des Ministers Severing.

Die große Polizeiausstellung wurde heute vormittag um 11 Uhr durch einen Festakt in der Repräsentationshalle der Ausstellung eröffnet. Das preußische Staatsministerium war durch Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing vertreten, der sich in Begleitung von Ministerialdirektor Abegg befand. Man sah ferner den Polizeipräsidenten Grzesinsky, den Vizepräsidenten Dr. Friedensburg, die Leiter der uniformierten und der Kriminalpolizei, Oberbürgermeister Böß, den Dezernenten der Feuerwehr, Stadtrat Ahrens, und viele andere Persönlichkeiten der Parlamente, der Politik und der Wirtschaft. Nachdem das Symphonieorchester der Schutzpolizei den „Neuen Polizeimarsch" gespielt hatte, nahm das Wort

Innenminister **Severing:**

Die Ausstellung ist nicht eine rein deutsche, sondern eine internationale Polizeiausstellung. Sie soll die Fäden, die der Weltkrieg auf polizeilichem Gebiet zerrissen hat, wieder anknüpfen, sie soll der Bekämpfung des durch den Ausbau des Verkehrs international gewordenen Verbrechertums dienen. Unsere Polizei kann ihre Pflicht nur erfüllen, wenn sie das Vertrauen der Bevölkerung hat; das wird sie am besten erwerben, wenn sie, wie bisher, zeigt, daß sie kein volksfeindliches Element ist. Wir wollen mit der Polizeiausstellung aber auch dem Auslande zeigen, daß unsere Polizei, ihre Organisation und ihre Aufgaben ehrlich sind und daß wir nicht die Absicht haben, mit ihr etwa die Reichswehr zu ersetzen. Sie soll und darf nur Polizeiaufgaben lösen. Nun steht das Werk der Ausstellung vollendet da, jetzt hat das Publikum das Wort.

Severing schloß mit einem Dank an alle Mitwirkenden, in deren Kreis er den leitenden Ministerialbeamten eben wie die große Zahl der beteiligten Arbeiter einschloß.

Ministerialdirektor **Abegg**, der Leiter der Ausstellung, verlas Begrüßungsschreiben von Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Marx, die sich wegen ihrer Abwesenheit von Berlin entschuldigten. Im übrigen entbot Dr. Abegg den Polizeien aller Kulturnationen seinen Gruß. Oberbürgermeister **Böß** begann mit einem Dank an das Ministerium des Innern für das Zustandekommen der Ausstellung. Die Bürger der deutschen Städte leben und wirken unter dem Schutze der Polizei. Die Städte sehen die Polizei als einen Teil ihrer Verwaltung an. Die Zeiten seien vorbei, wo der deutsche Bürger von einer Polizei geschützt wurde, die ihm wenig sympathisch war. Wir freuen uns, daß die Schupo jetzt der Freund der Bevölkerung ist und sein will.

Darauf erklärte Ministerpräsident Braun die Ausstellung für eröffnet.

Dem Festakt schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung an. Einen ausführlichen Bericht über den ersten Eindruck der Ausstellung geben wir auf der dritten Seite dieses Blattes.

Glückwunsch des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Marx hat an den preußischen Minister des Innern anläßlich der Eröffnung der Polizeiausstellung in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

„Zu meinem lebhaften Bedauern ist es mir, da ich von Berlin abwesend bin, nicht möglich, Ihrer freundlichen Einladung zu folgen und an der Eröffnung der großen Polizeiausstellung teilzunehmen. Ich darf Ihnen, hochverehrter Herr Minister, bestes Gelingen für dieses große Werk wünschen, das mir als ein Sinnbild der staatlichen Aufbauarbeit erscheint, die Sie und Ihre Mitarbeiter in unermüdlicher Tätigkeit in den vergangenen Jahren geleistet haben."

Das Völkerbundsekretariat.

Deutschland erhält eine Vertretung darin.

Dem Generalsekretär des Völkerbunds Sir Eric Drummond soll ein Untergeneralsekretär beigegeben und dieser Posten mit einem Reichsdeutschen besetzt werden. Die Reichsregierung hat dementsprechend einige Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht, aus denen Drummond seinen Gehilfen wählen wird. Unter den Vorgeschlagenen ist, wie wir hören, auch der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialrat Dr. Kiep. Nach dreijähriger Dienstzeit in der Reichskanzlei und zweijähriger Leitung der Presseabteilung hat Herr Kiep den Wunsch, wieder einen Auslandsposten zu bekleiden. Er hat übrigens lange in England gelebt und dort auch den Doktortitel der Rechtswissenschaften erworben.

London für die Verständigung Berlin-Paris.

London, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Presse, die auf sportliche Sensationen, Naturkatastrophen und verwandte Ereignisse mit der Empfindlichkeit eines Seismographen reagiert, zeigt politischen Sensationen gegenüber immer wieder eine geradezu auffällige Zurückhaltung. So war es bei all den großen diplomatischen Ereignissen der letzten Jahre, und so war es auch jetzt wieder anläßlich der Zusammenkunft Stresemann—Briand in Thoiry. Beinahe widerwillig hat sich die große Londoner Presse die ellenlangen, von Mutmaßungen und Kombinationen vollgefüllten Berichte ihrer verschiedenen Berliner, Pariser und Genfer Korrespondenten und Sonderkorrespondenten aufdrängen lassen, und sie hat überhaupt erst in den allerletzten Tagen begonnen, das Ereignis von sich aus zu kommentieren. Sie wartete ab, bis sich die Ueberschwenglichkeiten ihrer Berichterstatter gelegt hatten und hat das plötzlich auftretende Schlagwort von der deutsch-französischen Entente ebenso schnell wieder fallen lassen, wie es aufgetaucht ist.

Die letzten Berichte zeigten deshalb auch mehr und mehr nicht nur ein Bild der Hoffnungen, sondern der noch zu überwindenden Schwierigkeiten, und die ausführlichen Berichte aus Paris und Berlin lassen erkennen, daß in den beiden unmittelbar betroffenen Ländern noch schwere und ernste Schwierigkeiten überwunden werden müssen, ehe das Wort von der „deutsch-französischen Entente" wieder wird hervorgeholt werden können. Es ist nicht uninteressant, aus diesen Berichten festzustellen, daß die englischen ausländischen Beobachter anscheinend mit größeren Schwierigkeiten in Paris als in Berlin rechnen.

Die redaktionellen Kommentare der Blätter selbst warnen übereinstimmend vor allzu weitgehenden Hoffnungen. Sie stimmen jedoch, und zwar beinahe wörtlich in der Feststellung überein, daß England die Tatsache einer deutsch-französischen Annäherung, so sehr sie sich auch zunächst ökonomisch in verstärkter Konkurrenz gegen Großbritannien auswirken möge, begrüßen müsse, da England ein größeres Interesse als hieran an der völligen Konsolidierung Europas besäße. Schon heute kann gesagt werden, daß irgendwelche Abkühlung der guten diplomatischen Beziehungen zwischen London und Paris von einer erfolgreichen Fortsetzung der deutsch-französischen Verhandlungen nicht zu erwarten sind, solange die gemeinsamen Abmachungen nicht aufs militärische Gebiet hinübergreifen. Aber dazu sind ja wohl auf deutscher als französischer Seite zu große psychologische Hemmungen vorhanden, als daß die entsprechenden, im Gefolge eines „Matin"-Artikels erörterten Möglichkeiten einer militärischen deutsch-französischen Allianz heute auch nur einen Augenblick lang ernst genommen und diskutiert werden müßten.

Kehraus in Genf.

Genf, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkerbundsversammlung wird heute in zwei Sitzungen, in denen nicht weniger als 14 Punkte (eine gefährliche Zahl! Red. d. „V.") noch zu erledigen sind, ihre Session beenden. Dieses Eiltempo wird dadurch verursacht, daß eine Weiterführung der Tagung in der nächsten Woche nur bei sehr verminderter Delegation möglich wäre.

Vor Poincarés Rede.

Die Reform der Staatsverwaltung.

Paris, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Morgenpresse gibt bereits nähere Andeutungen über den Inhalt der großen politischen Rede, die Poincaré am Montag halten wird. Der größte Teil der Rede werde sich mit der Innenpolitik beschäftigen und einen Ueberblick über die bereits durchgeführten und noch zu erwartenden Reformen und Sparmaßnahmen geben. Dann werde Poincaré seinen zahlreichen Kritikern, die namentlich aus Parlamentariern bestehen, antworten und werde beweisen, daß die bisherige Arbeit der Regierung ein vollkommen zusammenhängendes, einheitliches Ganze bildet. Es sei keine übereilte Arbeit geleistet worden. Alle bisherigen Maßnahmen fügen sich zu einem großen Gesamtplan zusammen, der reiflich überlegt sei und dessen Durchführung mehrere Jahre dauern werde. Dabei soll es sich nicht allein um Sparmaßnahmen, sondern auch um Vereinfachungen und Reformen, um Erhöhung und Entwicklung der nationalen Produktion mit dem Ziele, einen günstigen Stabilisationskurs des Franken zu erreichen, handeln.

Der „Quotidien" protestiert heute in seinem Leitartikel dagegen, daß Poincaré unter dem Deckmantel der Sparsamkeit eine umfangreiche Verwaltungsreform vorsähe. Das widerspräche dem Geiste, wenn auch nicht dem Buchstaben der Ermächtigungsgesetze. Es sei unbedingt ein scharfer Protest gegen solche Maßnahmen der Regierung zu erwarten. Die Proteste der Provinzbürgermeister seien bereits der Anfang dazu.

Die zerstörte Stimmung in Paris.

Paris, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Wenn der Zwischenfall, der durch die Rede Stresemanns in der deutschen Kolonie in Genf entstanden ist, schließlich ohne politische Nachteile bleibt, so hat er doch eine unangenehme Wirkung gehabt. Er hat die Stimmung in Paris vollkommen zerstört. Vergleicht man Ton und Inhalt der Pressekommentare von heute mit denen vor wenigen Tagen, so kann man deutlich einen großen Unterschied empfinden. Die Pariser Presse häuft heute Spitzen, kleine Bosheiten und ironische Bemerkungen, wogegen sie noch vor wenigen Tagen im Versöhnungsjubel schwelgte.

Regierung Bartel zurückgetreten.

Vom polnischen Staatspräsidenten angenommen.

Warschau, 25. September. (WTB.) **Der Staatspräsident hat die Gesamtdemission des Kabinetts Bartel angenommen und die bisherige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.**

Bekehrter Katholizismus.

Neue Strömungen in der katholischen Arbeiterschaft.

Von Peter Trimborn, Köln.

Unter den vielen Gegnern der sozialistischen Bewegung sind die unter Zentrumseinfluß stehenden katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands jahrzehntelang mit an erster Stelle marschiert. Die Sozialdemokratie und die sozialistische Bewegung galten diesen Zentrumsarbeitern stets als der Inbegriff alles Bösen; viel Lungenkraft und Druckerschwärze mußte dauernd herhalten, um die proletarische Zentrumswählerschaft von der abgrundtiefen Schlechtigkeit und Religionsfeindlichkeit der sozialistischen Ideen zu überzeugen. Wacker Sekundantendienste leisteten in diesem Kampfe gegen die rote Gefahr die christlichen Gewerkschaften. Sie, die vor einem Vierteljahrhundert eigens zu dem Zweck ins Leben gerufen worden waren, den Abmarsch der katholischen Arbeiter ins rote Lager zu verhindern, haben sich in jahrzehntelanger Arbeit unter freudiger Assistenz der Kirche bemüht, den Nachweis zu führen, daß die Zugehörigkeit eines katholischen Arbeiters zur Sozialdemokratie mit den Grundauffassungen des Christentums und besonders der katholischen Kirche unvereinbar sei.

Diese scharfe antisozialistische Stellungnahme der katholischen Arbeiterschaft und ihrer maßgebenden Organisationen hat erfreulicherweise in den Jahren der Nachkriegszeit einer objektiveren und versöhnlicheren Auffassung Platz gemacht. Man beginnt langsam einzusehen, daß die sozialistische Bewegung nicht jener Kinderschreck, jener Popanz ist, als den man sie der katholischen Arbeiterschaft jahrzehntelang aus kluger Berechnung hinzustellen versucht hat. Aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Nachkriegsjahre die rechte Nutzanwendung ziehend, empfindet man jetzt im Lager der katholischen Arbeiterschaft immer stärker, daß in dem Kampfe um die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Republik die proletarischen Massen im katholischen Lager nicht gegen die sozialistischen Klassengenossen, sondern mit ihnen für gemeinsame Ziele fechten müssen.

Wie stark diese Umstellung der katholischen Arbeiterschaft und ihrer maßgebenden Organisationen in den letzten Jahren geworden ist, zeigt recht deutlich der Verlauf der internationalen Konferenz der katholischen Arbeitervereine, die in der vergangenen Woche in Antwerpen stattfand und in der neben prominenten deutschen katholischen Arbeiterführern auch Vertreter der katholischen Arbeiterschaft aus Belgien, Holland, Frankreich, England, Italien, Polen und Oesterreich anwesend waren. Der deutsche Abgeordnete Joos behandelte als erster Redner der Konferenz die Ergebnisse einer Umfrage über die gegenwärtige seelische Lage der katholischen Arbeiter in Deutschland. Das Ergebnis der von Joos behandelten Umfrage zeigt besser als lange Reden, wie grundlegend der Wandel ist, der sich in den Kreisen der katholischen Arbeiterschaft vollzogen hat.

Die gleiche Arbeiterschaft, der man jahrzehntelang vorgepredigt hat, daß der Klassenkampf verwerflich sei und gegen das göttliche Sittengesetz verstoße, bekennt sich in dem Ergebnis der Umfrage klar und eindeutig zu den Prinzipien des Klassenkampfes. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter wird nach Joos von den Arbeitern, die sich zu dieser Frage geäußert haben, als „fremd", „mißtrauisch", „ablehnend", „gespannt", „gegensätzlich" und „feindselig" bezeichnet. Uebereinstimmend wird eine wachsende Spannung und eine Verschärfung der Gegensätze festgestellt. Besonders erbittert sei die katholische Arbeiterschaft gegen die katholischen Unternehmer, die sich im Wirtschaftsleben über das katholische Sittengesetz hinwegsetzten. Der christliche Arbeiter verurteilt zwar, so betont Joos in seinem Bericht, mit dem Kopfe den Klassenhaß, aber gefühlsmäßig stehe er unter dem Einfluß tiefer Abneigung gegen die besitzenden Klassen. Die Tatsache, daß katholische Besitzende sich politisch mehr und mehr nach rechts orientieren, habe in der katholischen Arbeiterschaft dazu beigetragen, die Linksorientierung zu fordern. Mit der katholischen Gesamtheit fühle sich, so heißt es in dem Bericht weiter, die katholische Arbeiterschaft, kirchlich gesehen, noch verbunden, indeß wirke das Beispiel anderer Schichten oder ganzer Landsmannschaften (Bayern) ansteckend auf die katholische Arbeiterschaft, so daß Absonderungsbestrebungen leichter aufgenommen und gewertet würden. Vom Priester erwarte der katholische Arbeiter mehr denn je, daß er Seelsorger sei. Dagegen werde, immer nach Joos, die Meinung des Geistlichen im Grenzgebiet von Religion und Wirtschaft und Religion und Politik heute nicht mehr als Evangelium gewertet.

Von ganz besonderem Interesse ist die Beantwortung der Frage, die sich mit der Haltung der katholischen Arbeiter zur sozialistischen Bewegung beschäftigt. Hier stellt Joos fest, daß sich im ganzen Deutschen Reich die Haltung der katholischen Arbeiterschaft in den letzten Jahren wesentlich geändert habe. Zwar werde sachlich noch ein Gegensatz in Weltanschauungsfragen empfunden, dagegen könne übereinstimmend festgestellt werden, daß die Verfolgung sozialer und wirtschaftlicher Ziele kaum noch Gegensätze aufzeige. Ein scharfer Kampf gegen die Sozialisten fände in katholischen Arbeiterkreisen keine Begeisterung mehr. In einer Reihe von Berichten, so betont Joos, werde auf die Gefahr hingewiesen, daß auch die weltanschaulichen Grenzlinien nach und nach verwischt werden könnten.

Nach Joos sprachen ein Pater Rutten für Belgien und ein Pater O'Shea für England, die für ihre Länder ähnliche Feststellungen wie Joos für Deutschland machen konnten. Nur der Vertreter Oesterreichs, ebenfalls ein Pater, konnte für sein Land berichten, daß dort die katholische Arbeiterschaft noch stark antisozialistisch sei. Der Kongreß beschloß, eine Kommission zum Studium der Eigentumsfrage einzusetzen, in die Vertreter von Deutschland, Belgien, Frankreich, Oesterreich und Holland delegiert wurden.

Der Verlauf der Antwerpener Tagung und besonders der Bericht des deutschen Katholikenführers Joos zeigen treffend, wie stark sozialistische Auffassungen bereits in katholischen Arbeiterkreisen Eingang gefunden haben. Jahrzehntelang war das Zentrum stolz darauf, die katholische Arbeiterschaft als unüberwindliches Bollwerk gegen die rote Gefahr zu preisen. Wenige Jahre Nachkriegszeit, und die Zentrumspartei muß einsehen, daß auch die katholische Arbeiterschaft gegen die rote Gefahr nicht mehr immun ist. Es ist ein eigenartiges Zusammentreffen, daß der Bericht über die Antwerpener Tagung zu einer Zeit der Oeffentlichkeit bekannt wird, in der das Gerücht nicht verstummen will, daß die deutschen Bischöfe unter dem Einfluß des Vereins katholischer Edelleute Deutschlands gegen die Zentrumsarbeiter, die im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die Erhaltung und den sozialen Ausbau der deutschen Republik kämpfen, ein Machtwort sprechen wollen. Mögen sie! Die Umfrage der katholischen Arbeitervereine Deutschlands zeigt, daß eine solche Handlung nur den Entwicklungsprozeß beschleunigen wird, der die katholische Arbeiterschaft völlig an die Seite ihrer klassenbewußten sozialistischen Kameraden treibt.

Zum Tode Richard Fischers.

Beileidskundgebung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale telegraphiert an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands:

Die Sozialistische Arbeiterinternationale sendet dem dahingeschiedenen vorbildlichen Vorkämpfer der Arbeiterklasse, der es wie wenige verstand, gleichwertig als Organisator und Agitator zu wirken, einen letzten Gruß! Friedrich Adler.

Von der Georgischen Sozialdemokratie erhielten wir folgendes Telegramm:

Im Namen der Georgischen Sozialdemokratischen Partei und der Berliner Gruppe der Georgischen Sozialdemokratie sprechen wir Ihnen wegen des Verlustes des Genossen Richard Fischer unser Beileid aus. Dr. Achmeteli.

Ueber dem Hause des „Vorwärts", in dem Richard Fischer so lange Jahre gewirkt hat, ist heute die rote Fahne der Partei auf Halbmast gehißt.

Die Koalitionsfrage in Preußen.

Private Besprechungen.

Die Meldung des Reichsdienstes, daß die Deutsche Volkspartei an das Zentrum zwecks Aussprache über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung in Preußen herangetreten ist, wird von bürgerlicher Seite dahin ergänzt, daß im Zusammenhang damit am Montag Besprechungen zwischen dem Vertreter der Volkspartei Abgeordneten Leidig und dem Zentrumsabgeordneten Heß stattfinden. Dazu bemerkt der „Soz. Pressedienst":

Von volksparteilicher Seite ist schon wiederholt an das Zentrum mit dem Ersuchen um möglichst baldige Umbildung der preußischen Regierung im Sinne einer Beteiligung der Volkspartei herangetreten worden. Insbesondere in den letzten Wochen haben sich derartige Wünsche an die Adresse des Zentrums gehäuft, ohne daß bisher positive Schritte zur Erfüllung der volksparteilichen Wünsche unternommen worden wären.

Auch die für Montag vorgesehene Besprechung zwischen dem Abgeordneten Leidig von der Deutschen Volkspartei und dem Abgeordneten Heß vom Zentrum trägt lediglich privaten Charakter. Eine Entscheidung über irgendwelche Veränderungen innerhalb der preußischen Regierungskoalition in bezug auf die preußische Regierung können nur die Fraktionen der Koalitionsparteien treffen. Es steht trotzdem außer allem Zweifel, daß im bürgerlichen Lager starke Kräfte am Werke sind, um zunächst in Preußen die große Koalition schon Ende Oktober zu verwirklichen.

Severinghetze gegen Bargeld.

Schlichting, der Ehrenwortmann.

Ueber den von Herrn Schlichting krampfhaft abgeleugneten Versuch, durch seine Enthüllungen über Severing unter Vermittlung der Bacmeister und Kußmann Geld herauszuschlagen, haben wir bereits berichtet. Wie wir erfahren, gibt Schlichting dritten Personen gegenüber „eidesstattliche" Erklärungen ab, daß unsere Angaben unwahr seien. Wir wollen nunmehr folgenden Brief veröffentlichen, den auf Grund der von uns bereits mitgeteilten Besprechungen Herr Walter Bacmeister an den Leiter des betreffenden Bankinstituts geschrieben hat. Der Brief trägt am Kopf die volle Firma des Herrn Bacmeister „Bergisch-Märkische Zeitung" und ist datiert vom 6. Juli 1926. Er lautet:

Herrn Direktor XYZ.

Sehr geehrter Herr XYZ!

Da ich annehme, daß Herr Schlichting Ihnen morgen seinen Besuch ankündigen wird, möchte ich Sie bitten, falls Sie ernstlich an die Sache herantreten wollen, Herrn Schlichting darauf aufmerksam zu machen, daß Sie **den Kredit nur beschaffen können, wenn Schlichting in bezug auf die Verwertung seines Materials sich in jeder Hinsicht meinem Vorschlag fügt.** Ich glaube zwar nicht, daß er etwas anderes beabsichtigt; aber es ist immerhin gut, wenn ihm vollkommen klar bleibt, daß er **vor Hergabe eines Kredites uns alle Sicherheiten für Zuverlässigkeit und Verwendbarkeit seines Materials beschaffen muß.**

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

W. Bacmeister.

Ob nun die Herrschaften immer noch abstreiten werden, daß es sich bei dem ganzen „Enthüllungsfeldzug" um nichts anderes handelt, als um einen Versuch des bankerotten Herrn Schlichting, auf mühelose Art wieder zu Geld zu kommen?

Stahlhelmregierung!

Hinter den Kulissen des Falls Stoelzel.

Zum Prozeß des nationalsozialistischen Abg. Riese in Braunschweig gegen den Redakteur des dortigen sozialdemokratischen Parteiorgans wegen Beleidigung, über den wir kürzlich berichteten, wird uns geschrieben:

Riese ist bekanntlich derjenige Abgeordnete, der durch seine Stimmenthaltung die Annahme des Vergleichs des braunschweigischen Staates mit dem Herzoghause zum großen Schaden der Staatskasse ermöglichte, obwohl er von seiner Partei den strikten Auftrag hatte, dagegen zu stimmen. Die Begleitumstände dieser Stimmenthaltung sind so eigenartig, daß sie sehr wohl den Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung bilden könnten. Man muß sich wundern, daß in Braunschweig von den Oppositionsparteien noch nicht die entsprechenden Schritte zur Einleitung einer solchen Untersuchung erfolgt sind. Nun ist es besonders pikant, daß dieser Herr die eigentliche Triebfeder des Vorgehens gegen den sozialdemokratischen Landesschulrat Dr. Stoelzel in Braunschweig ist, den man bekanntlich im Zeichen des Kampfes gegen die Korruption zur Strecke bringen wollte, weil er auf Dienstreisen angeblich in drei Fällen innerhalb fünf Jahren dritter Klasse gefahren war und für zweite Klasse liquidiert hatte. Vor solchem Schaden mußte der Staat unter allen Umständen durch dieselben Parteien geschützt werden, die dem ehemaligen Herzoghause ohne Not viele Millionen opferten!

In dem Prozeß Riese ist durch die Aussage des Landesgeschäftsführers der Nationalsozialistischen Partei **eidlich festgestellt** worden, **daß Riese aus persönlicher Rankune die Beisetzung des Dr. Stoelzel von der Regierung verlangt hatte.** Riese hatte unter dieser Bedingung seine Unterstützung der Regierung zugesagt, deren Geschäftsführung ohne ihn nicht möglich war. Nun versteht man auch, weswegen die Regierung sich so sehr beeilte, gegen Dr. Stoelzel vorzugehen, und dabei weder Mühe noch Kosten scheute. Obwohl zunächst kein Material gegen ihn vorlag, wurde er sofort zwangsweise beurlaubt. Es wurden sodann mehrere Staatsanwälte damit beauftragt, das erforderliche Material gegen ihn zu finden. Das Ergebnis war der sattsam bekannte Prozeß gegen Dr. Stoelzel, bei dem zunächst die privaten Telephongespräche eine Hauptrolle spielten.

Man sieht also blitzlichtartig, wie die Justiz von den politischen Drahtziehern angekurbelt wurde, und wie sie sich ihnen als gefügiges Werkzeug zur Verfügung stellte. Es fragt sich, ob in diesem Vorgehen des Ministeriums nicht ein Amtsmißbrauch liegt, der gleichfalls eine parlamentarische Untersuchung durchaus lohnen würde.

„Trübste Erfahrungen."

Ein Geständnis des „Lokal-Anzeigers".

Während Dr. Stresemann von dem ehrlichen Friedenswillen Briands überzeugt ist und aus diesem Optimismus kein Hehl macht, ist der „Lokal-Anzeiger" bemüht, vor allzu großem Vertrauen in den französischen Staatsmann zu warnen. Das Hugenberg-Blatt begründet dieses Mißtrauen mit Argumenten, die ein unfreiwilliges Geständnis der unheilvollen Naivitäten bilden, die die Politik des monarchistischen Deutschland bestimmten und die mit einer Katastrophe für das deutsche Volk endeten:

„Gerade Deutschland hat mit politischen Rechnungen, die auf bestimmte Persönlichkeiten, ihre Neigungen und Abneigungen, eingestellt wurden, im Laufe seiner Geschichte die trübsten Erfahrungen gemacht. Wir glaubten, durch unsere verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen mit dem Zarenhaus vor Gefahren im Osten geschützt zu sein, und die russische Dampfwalze setzte sich, als das Signal zum konzentrischen Angriff gegen das Reich der Mitte gegeben wurde, als erster Sturmbock gegen uns in Bewegung. Wir hatten auf das Bündnis mit König Carol von Rumänien unsere Hoffnungen gesetzt und mußten schließlich auch gegen sein Land und Volk zu Felde ziehen. Wir glaubten, den König von Italien durch Schutz- und Trutzbündnisse auf unsere Friedenspolitik festgelegt zu haben, und konnten nicht verhindern, daß auch er sich, genötigt durch die Stimmung seines Volkes, unseren Feinden anschloß."

Fügt man noch hinzu, daß die gleichen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem englischen Königshaus bestanden wie mit dem Zaren, dann ist das Bild der Illusionen abgerundet, auf denen die kaiserliche Außenpolitik beruhte.

Das alles wird aber natürlich den kaiserfrommen „Lokal-Anzeiger" nicht daran hindern, die Auffassung weiter zu propagieren, daß die Monarchie die bessere Staatsform sei.

Das deutsch-finnische Handelsabkommen wird von der Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung durch den Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags und durch den Reichsrat sowie im Einverständnis mit der finnischen Regierung ab 1. Oktober auf drei Monate vorläufig angewendet werden.

Die nordamerikanischen Zuschlagszölle für deutsche Walzwerkerzeugnisse, deren Erhebung aufgeschoben worden ist, waren Gegenstand der Verhandlungen einer deutsch-amerikanischen Kommission in Berlin. Diese hat nun in ihrer Schlußsitzung einen gemeinsamen Bericht fertiggestellt, der den beiden Regierungen zugeht. Bis dahin bleibt der Inhalt des Berichts vertraulich.

Der Wunderhengst.

Von Hans Bauer.

Sabine ist bei dem Direktor des kleinen Wanderzirkus engagiert. Sie zeigt einen Dressurakt. Der Hengst, den sie vorführt, heißt Philipp, und er läuft rückwärts, springt durch einen Feuerreifen und läuft so geschickt durch eine Kegelaufstellung, daß keiner der Klötzer umfällt.

Es war nicht leicht, dem Philipp das beizubringen. Es hat schlimme Hiebe gesetzt. Aber nun geht es. Nun schlägt die Sabine den Philipp niemals mehr. Es ist nicht nötig. Philipp pariert. Er ist wohl froh, wenn die Schinderei abends vorüber ist, aber sein Manegestück klappert er brav herunter.

Sabine hat den Hengst liebgewonnen. Sie patscht ihm freundlich auf den Rücken, gibt ihm was Gutes zu fressen und schwippt zuweilen sein langes Pferdemaul an ihre Backe. „Gelt, Philipp," sagt sie dabei, „wir beide passen zueinander."

Heute hat der Direktor seine Zelte in einem kleinen Neste aufgeschlagen. Clowns, Hochspringer, Jongleure, Nilpferde haben sich schon produziert, nun ist Sabine mit ihrem dressierten Philipp an der Reihe. Mit Philipp ist heute nicht alles in Ordnung. Philipp hopst nicht, er schleicht. Philipp soll zuerst auf zwei Beinen rund laufen. Aber er läuft nicht. Er bleibt ermattet stehen. Das ist noch nie dagewesen. Sabine knallt mit der Peitsche und droht, und dann bittet sie: „Philipp! Philipp!"

Philipp bleibt stehen. Schließlich setzt er an, aber ihm gelingt nichts. Er kippt wieder vornüber: auf alle Viere.

Das Publikum wundert sich. Der Direktor sitzt steif in seiner Loge.

„Hallo!" schreit Sabine, und sie sieht, daß Philipp krank ist. Aber nun er mal in die Manege geführt ist, da muß er parieren. Sabine fühlt die Augen des Direktors auf sich stechen. Sie peitscht die Beine des Hengstes. Er wirft sie ein wenig hoch und läßt sie dann wieder fallen. Sabine weiß, daß es Niedertracht, Quälerei, Unsinn ist, das Tier zu schlagen. Es kann nicht stehen, es bringt es nicht fertig. Er verbindet die Peitschenhiebe nicht mit der Mahnung, auf Zweien zu stehen. Es fühlt sich ohnmächtig, sein Kunststück zu produzieren, und es verknüpft die Tatsache der Peinigung nicht mit Sabines Befehl.

Das Publikum wird ungeduldig. Vor Sabines Augen verschwimmt die Menge zu einem einzigen schwarzen Ungeheuer, und sie peitscht knallend auf das Pferd ein. Philipp winselt in Schmerz und hebt sich wieder um einige Zentimeter hoch. Sabine möchte dem Tier an den Hals stürzen und es um Verzeihung bitten . . . ihrem lieben Tier, das sie fremder, dumpfer Menschen wegen martert — da fallen Philipps Beine wieder nach vorn.

Das Publikum kichert.

Sabine fühlt eine sinnlose Betäubung und quirlt ein letztes Mal ihre Schnur durch die Luft und zischt sie auf die Beine des Pferdes. Philipp reckt sich auf, wie bittend, ganz, ganz hoch und bleibt stehen und marschiert . . . marschiert um das halbe Zirkusrund und bricht dort tot zusammen.

In Sabines Augen malt sich starres Entsetzen. Da hört sie plötzlich Beifall um sich rauschen — — Beifall?! Das Parkett glaubt, das Pferd habe eine Meisterleistung vollführt.

Sabine stürzt auf ihr Tier zu und rüttelt es und schüttelt es, und ihre Tränen laufen.

Dann kommen Zirkusdiener mit einem Brett.

Jemand im Parkett sagt: „So'n Schwindel! Das Vieh ist ja wirklich tot!"

„Taifun". Japan soll noch immer das Märchenland sein, aus dem die kuriosesten Menschen kommen. Man will in Europa nicht glauben, daß auch in dem Lande der märchenhaften Frühlingsblüte und der schmetterlingsleichten Frauen die robuste Alltäglichkeit gedeiht. Siehe doch Melchior Lengyel, den ungarischen Dramatiker, der ganz romantisch von japanischen Heroen erzählt, die zwar den Pariser kleinen Mädels die Gurgel abdrehen, sonst aber alle Unsterblichkeit verdienen. Lengyel stafflert da ein richtiges Operettenjapan aus, aber er ist ein gerissener Mann, der sich nicht mit den gewöhnlichen Geishaeffekten begnügt. Irgendwie muß eine große Idee vorgetäuscht werden, und die Idee des Stückes ist, daß ein Menschenleben in Japan weniger wert ist als eine patriotische Tat. Es opfert sich der kleine, gelbe Japaner für den größeren, der dem Nipponlande Ruhm und Glanz bringen soll. Lengyel läßt sich nicht die Gerichtsverhandlung auf der Bühne entgehen, bei der dieser fabelhafte Opfermut der Japaner an den Tag kommt. Doch der vermeintliche Held, um den das alles geschieht, ist schon von Europa verseucht. Er schafft sich aus der Welt, genau so energisch, wie er das Pariser Kätzchen beseitigte. Das Stück, das nun bald zwanzig Jahre alt ist, verführt zu dem Stilgemisch, auf das man sich im „Theater in der Kommandantenstraße" verständigte: Butterbrot und Butterfly. Das heißt, man spekulierte auf den Kinosinn und brachte trotzdem eine ganz anständige Vorstellung zustande, soweit ein äußerlicher Klimbim verführen kann. Den geheimnisvollsten gelben Mann spielte Jakob Feldhammer, der einige Jahre von Berlin fortgewesen ist, zunächst gut und taktvoll. Aber dann wollte er großes Theater machen und es gelang ihm nur eine sehr grobe Wirkung. Eva Fiebig, die sonst in Berlin nur bei zweitklassigen Besetzungen auftreten durfte, hüpfte nun in das Rampenlicht der Premiere; durchaus erfreulich. Sie ist eine Schauspielerin, die geradeaus zum Effekt will. M. H.

Ein Denkmal für den „Neandertalmenschen". Am 24. September wird am Rabenstein im Neandertal ein Denkmal enthüllt, das der Entdeckung des Neandertalmenschen durch Dr. Funkrott aus Anlaß des 70jährigen Gedenktages gewidmet ist. Im Jahre 1856 wurde nämlich im Devon-Kalk des Neandertales bei Düsseldorf in einer kleinen Grotte ein Skelett entdeckt, das für die gesamte Biologie von allergrößter Bedeutung werden sollte, da mit diesem Skelett eines der frühesten Zeugnisse des menschlichen Baues gefunden worden ist. Dadurch bekam die Wissenschaft die Möglichkeit, in die Frühzeit des Menschengeschlechtes hineinzuleuchten und eine Vorstellung von dem Körperbau der vorgeschichtlichen Angehörigen der Gattung Mensch zu gewinnen. Es wurden in ziemlich guter Erhaltung das Schädeldach, zwei Oberarme, zwei Unterschenkel, ein Schlüsselbein, Teile vom Schulterblatt und vom Becken gefunden. Die ganz ungewöhnliche Formation der Schädeldecke, insbesondere das Stirnbein und die beiden Scheitelbeine riefen bei Virchow die Anschauung hervor, daß es sich um eine, durch irgendwelche Entartung und Krankheit hervorgerufene Mißbildung eines menschlichen Schädels handele. Schwalbe aber wies überzeugend nach, daß mit diesem Skelett des „Neandertales", das in eigenartiger Weise zwischen dem Affenskelett und dem Menschenskelett steht, eine Urform gefunden sei, bei der keinerlei Zeichen von Entartung oder pathologischer Form gefunden sei. Auch die Tatsache, daß diese Form so anders sei als die heutigen, sei nicht ein Beweis für krankhafte Entartung, sondern nur ein Beweis für eine besondere frühe Abart der Gattung Mensch. Es wurden später auch an anderen Stellen Skelette gefunden, die an den Neandertaler erinnerten. Die Errichtung einer Gedenktafel ist durch die Bedeutung, die der Fund von 70 Jahren hatte und noch heute hat, durchaus angebracht.

Als „Anti-Potemkin" soll jetzt der tote U-Bootkommandant Weddigen vom „Arbeitsausschuß deutscher Verbände", d. h. von der deutschen „Volksfilm G. m. b. H." wieder zum Leben zurückgalvanisiert werden. Ein „Komitee" aus einem Dutzend ehemaliger Generale übelster Kouleur und aus völkischen Hetzaposteln reinsten Wassers hat sich mit 50 000 baren Reichsmark in der Tasche zusammengetan, um zunächst einen Romanschmachtlappen „Dämonen" von Pietsch zu verfilmen. Das Ding kam jedoch nicht recht vorwärts, weshalb man sich zu einem offiziösen, alle Konkurrenz an Authentizität unterbietenden „Kriegsschuldfilm" entschloß. Der ganze Giftkübel der Hugenberg-Broschüren „Die Auszehrung Deutschlands" sollte in den patriotischen Bildstreifen hineingeschüttet werden! Zum Glück stellte sich heraus, daß es soviel Geld gar nicht gibt, um soviel Gemeinheit auf einen Bildstreifen zu bringen. So entschloß man sich zum „Anti-Potemkin" in Form des Weddigen-Films. Das „Drehbuch" ist bereits fertig, die Ateliers sind gemietet und prominente Schauspieler, die für jedes Geld zu haben sind, Werner Krauß, Albert Steinrück u. s. f. „gemietet". Außerdem soll noch Breitensträter dabei als neueste Sensation mit agieren. Wenn das nichts wird, dann kann sich das „nationale Deutschland" begraben lassen!

Erstaufführungen der Woche. Donn. Volksbühne: „Physikrate". — Kleines Th.: „Menschenfreunde". — Th. in der Klosterstraße: „Ghetto". **Freit.** Rollendorf-Th.: „Dybuk". — Deutsches Th.: „Peripherie". **Sonnab.** Komödienhaus: „Einbruch". **Sonnt.** Schauspielhaus: „Die beste Polizei".

Urania-Veranstaltungen. Sonnt. (5 u. 9): „Unter Affen und Palmen". **Täglich:** „Die Hygiene der Ehe". Ab Montag täglich: „Die Schweiz". Täglich (außer Mittwoch) (3): „Syrien". **Im Theater: Mont., Donnerst., Sonnab.** (7): Dr. Burckhardt: „Der Humor im deutschen Volkslied".

Der 2. Autorenabend der Volksbühne findet Mittwoch, 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses, Eingang Königstraße, statt. An diesem Abend wird Arthur Holitscher aus seinen Werken vorlesen.

Musikausstellung. Im Anschluß an den staatlichen Fortbildungskursus für Chordirigenten findet in der Staatlichen Hochschule für Musik, Fasanenstraße 1, eine Ausstellung von einschlägiger Literatur statt. Die Ausstellung ist von 11 bis 4 Uhr unentgeltlich offen.

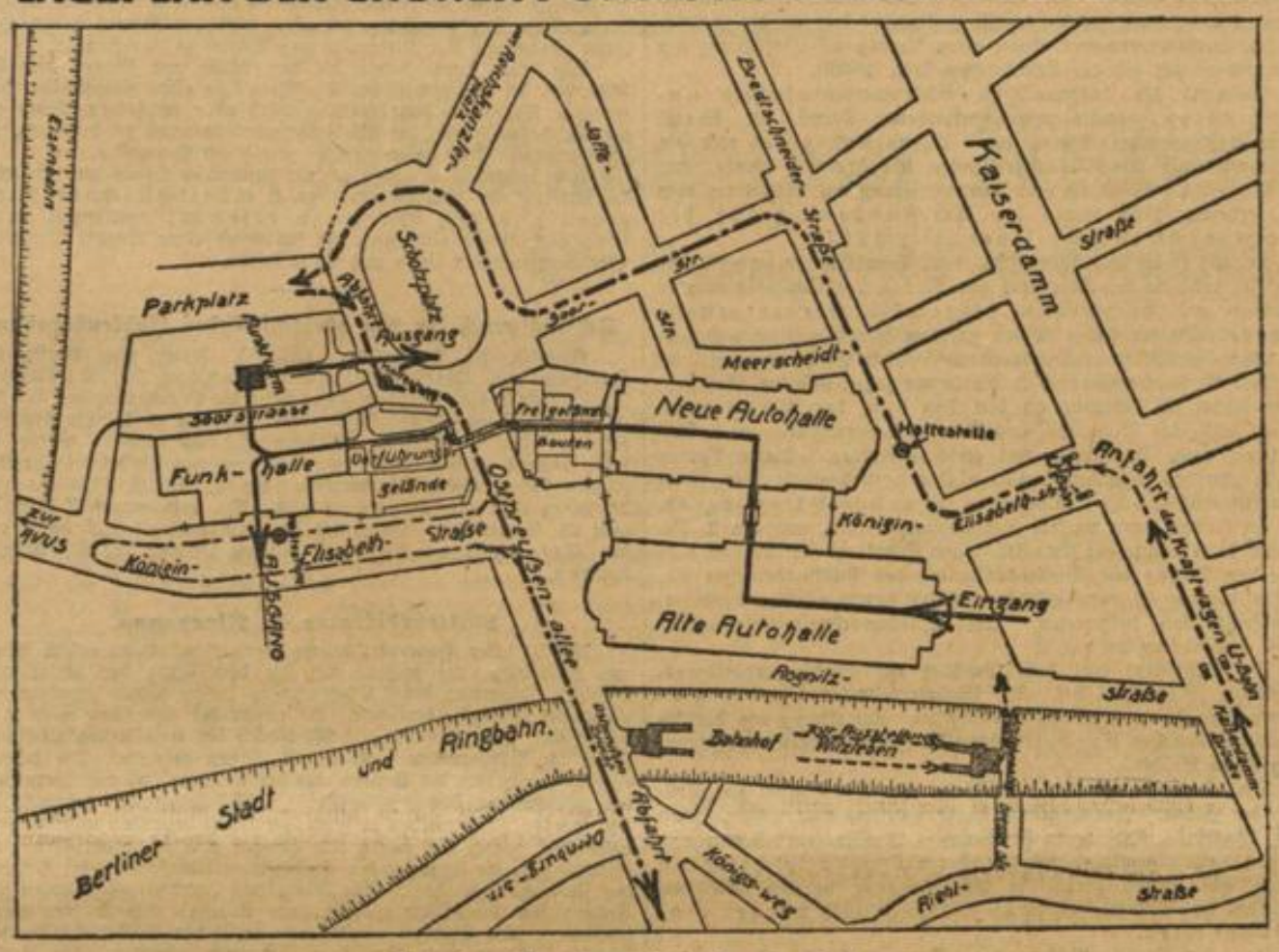
Australiens Bevölkerung beträgt nach der diesjährigen soeben veröffentlichten Volkszählung 6 045 000 Einwohner, 608 000 mehr als im Jahre 1921.

Unter dem Polizei-Stern.

Eröffnung am Kaiserdamm. — Ein Rundgang durch die Hallen.

Unter dem Zeichen des neuen, blauen Polizeisterns und der zum Schutz erhobenen Polizeihand, des in Millionen von Exemplaren über Berlin verbreiteten Plakats, öffneten sich heute die Pforten der Großen Polizeiausstellung in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm. Die Zuführungsstraßen zum eigentlichen Messegelände werden von den Bannern aller Länder flankiert, die an der Ausstellung beteiligt sind. Es fehlen auch nicht die großen schwarzrotgoldenen Banner des Reiches und die rotumrandeten Fahnen der Stadt Berlin mit dem schwarzen Bären in der Mitte. Ja, selbst auf der höchsten Spitze des Funkturms weht an 170 Meter über dem Erdboden das schwarzrotgoldene Tuch. Was sich heute in den Vormittagsstunden von den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden im Ehrenhof der großen Autohalle versammelte, stand ganz unter dem Eindruck der ungewöhnlichen und umfassenden Wirkung dieses Werkes. Man kann ruhig sagen, daß es sich hier um die größte Ausstellung von Allgemeininteresse handelt, die Berlin seit Jahrzehnten in seinen Mauern vereinigte. Sinn und Zweck dieser Ausstellung ist es eben, sich in besonderem Maße an die breite Oeffentlichkeit zu wenden. Damit Volk und Polizei sich besser verstehen lernen, damit die schwere aber meist undankbare Arbeit der Polizei richtig eingeschätzt wird und die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß beide Teile aufeinander angewiesen sind.

LAGEPLAN DER GROSSEN POLIZEI-AUSSTELLUNG BERLIN 1926



Übersicht über den Inhalt der Ausstellung

I. Alte Autohalle: Ehrenhof mit Gedenkhalle. Länder, Reich, Ausland, Verwaltungsdienst, Beamten- und Schulwesen, zugehörige Industrie, Polizei-Museum, Polizei-Zensur, Polizei-Presse, Polizei und Humor und ein Muster-Polizeirevier

II. Neue Autohalle: Schutzpolizei, Sanitätswesen, Landverkehr, Wasserverkehr, Luftverkehr, Reichswasserschutz, technische Schulen, Draht und Äther, Bergpolizei und Bergwerk, Landjägerei, Gemeindepolizei, Baupolizei, Feld- und Forstpolizei, Jagdpolizei, Gesundheitspolizei, Ruhrpolizei, Deich- und Wasserpolizei, Fischereipolizei, Veterinärpolizei

III. Freigelände-Bauten: Polizeidienstpferde, Polizeidiensthunde, Polizeidienstkraftwagen, Polizeiveterinärwesen, Beamtenverpflegung, Polizei und Hausfrau

IV. Vorführungsgelände vor der Funkhalle: Brandproben und Vorführungen der Feuerwehr, Teerfelder, Kletterhaus, Stände im Freien

V. Haus der Funkindustrie: Feuerwehr-Ausstellung u. zugehörige Industrie, Ausstellungsfeuerwache, offene Ausstellung des Kriminaldienstes. Auf der Galerie: geschlossene Abteilung der Kriminalpolizei (Zutritt nur gegen besonderen Ausweis)

VI. Funkturmgelände mit Funkturm.

Aufbau und Inhalt der Ausstellung.

Erste Halle (Alte Autohalle).

Wie an dieser Stelle bereits mehrfach gesagt, ist das Messegelände zu einem Ganzen zusammengefaßt worden. Ein Drahtzaun zieht sich um die drei Ausstellungshallen und verhindert von einer anderen als der vorgesehenen Seite den Eintritt. Dieser erfolgt nur vom Kopfende der alten Autohalle aus, die in ihrem ersten Teil mehr auf das Repräsentationsbedürfnis der einzelnen Länder eingerichtet ist. Zunächst gelangt man in den großen Ehrenhof, der dem Gedenken der im Dienste gefallenen Polizeibeamten gewidmet ist. Die Mitte des Hofes nimmt ein großes blumenumgebenes Wasserbecken ein, das den Eindruck der stimmungsvollen Weihe vertieft. In den sehr geschmackvoll ausgestalteten Kojen zeigen Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lübeck und Lippe historische Darstellungen ihrer Polizeien. Daran schließen sich die außerdeutschen Länder Niederlande, Oesterreich, Polen, Argentinien, Kuba, Spanien, Dänemark, Schweiz, Ungarn, Aegypten und der Freistaat Danzig. Es handelt sich bei diesen Ausstellungen meist um Modelle polizeilicher Einrichtungen, zum Teil auch um gute bildliche Darstellungen sowie um die Uniformierung der Beamten, die in einigen der exotischen Länder eine wesentlichere Rolle spielt als bei uns. Darauf beginnt die eigentliche Polizeiausstellung mit den Gruppen: Beamten- und Schulwesen, polizeiliche Berufsverbände, Polizeimuseum, Polizei und Zensur, Polizei und Presse. Dann folgt das komplizierte Gebiet des Verwaltungsdienstes an Hand recht interessanter Vergleiche und Tabellen. Hier fehlt auch nicht ein mit allen Einzelheiten aufgebautes Idealpolizeirevier, in dem Beamte der Berliner Polizei Vorbild spielen sollen. Das Polizeimuseum enthält in der Hauptsache Uniformfiguren aus den verschiedenen Entwicklungsstufen der Polizei und eine Abteilung mittelalterlicher Folterkammern. Hier wäre auch noch die Kaspar-Hauser-Sonderausstellung zu erwähnen, die die Stadt Ansbach, in der sich der berühmte Fall seinerzeit abgespielt hat, veranstaltet. Die Organisation der Polizei, ihre Teilung in die verschiedenen Fachgebiete, die Fremdenpolizei, Markt-, Gewerbe-, Wirtschafts- und Theaterpolizei bieten Proben aus ihren weitverzweigten Tätigkeitsgebieten. Dem altmodischen Kanzeizimmer ist zum Beispiel ein ganz modern eingerichtetes gegenübergestellt. Die Theaterpolizei stellt eine Reihe wirkungsvoller Szeneneinrichtungen dar, die, den Vorschriften entsprechend, unverbrennbar sind. Auch die Modelle großer Theater-, Zuschauer- und Dekorationsräume bieten einen Einblick in diese Dinge. Man verläßt die erste Halle durch einen gedeckten Gang in der Mittelfront und gelangt über die Straße in die

zweite Halle (Neue Autohalle).

Hier ist vor allem das Ausstellungsgebiet der Schutzpolizei. Da stehen im Mittelgang zwei Verkehrstürme, das Original des Turmes, der auf dem Alexanderplatz Aufstellung finden soll, und ein amerikanischer Verkehrsturm, den die New Yorker Polizei der Berliner geschenkt hat. Hier befindet sich auch die Sonderausstellung des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie, die die neuesten Typen von Last- und Personenfahrzeugen zeigt, besonders solche, die sich für die Zwecke der Polizei am besten eignen. Hoch an der Decke schwebt ein Fallschirm, ein Junkerspolizeiflugzeug, mit dem ein deutscher Polizeioffizier in der Rhön den Weltrekord aufstellte. Die Schutzpolizei zeigt weiter ihre Organisation, die Art der Ausbildung, der Bekleidung, hygienische Einrichtungen, Polizeikrankenstuben und — in prächtigen Modellen der Stadt Berlin — Absperrungsketten sowie die gesamte technische Handhabung der Absperrungen bei Massenveranstaltungen. Man lernt auch die verschiedenen Verkehrsvorschriften für die einzelnen Verkehrsmittel kennen auf der Straße, der Hoch- und Untergrundbahn und auf dem Flugplatz. Die Sensation dieser Halle ist das kleine Bergwerk, dessen Stollen tief in die Erde getrieben sind und das die Sicherheitsvorkehrungen der Bergwerkspolizei veranschaulichen soll. In der Halle befinden sich auch die Stände der Industrie, die sich mit der Polizeibelieferung beschäftigt. Vor allem handelt es sich hier um die Bekleidungsindustrie, die Herstellung und Einteilung der Uniformen zeigt. Das Entstehen der Stiefe wird hier an großen Webmaschinen von der Faser bis zum fertigen Tuch vorgeführt. Ausschnitte aus dem Tätigkeitsbereich der Landjägerei bieten dann verschiedene Staaten. Die Galerie der Halle ist der Gemeindepolizei, der Feld- und Forstpolizei, der Jagd-, Gesundheits-, Ruhr-, Deich- und Wasserpolizei, der Fischerei- und der Veterinärpolizei eingeräumt. Auf dem Freigelände, zwischen der zweiten und dritten Halle, sind eine Reihe provisorischer Hallen errichtet, in denen Polizeidienstpferde, Polizeihunde und eine Musterküche der Schutzpolizei Platz gefunden haben. Dann führt eine Holzbrücke über die Ostpreußenallee hinweg zur

dritten Halle (Funkhalle),

die ganz der Feuerwehr und der Kriminalpolizei eingeräumt ist. Es handelt sich hier wohl um die interessanteste Ausstellung, die seit Jahren zusammengestellt worden ist. Die furchtbaren Dokumente kriminalistischer Tätigkeit sind hier in den großen und bekannten Mordfällen dargestellt. Man sieht den Fall Angerstein, die Fälle Großmann und Denke. Es sind keine Schaudobjekte für schwachnervige Personen. Aber eine Polizeiausstellung muß schließlich, um vollständig zu sein, auch diese Dinge enthalten, da ja hier besonders die energische Abwehr der Angriffe auf Leben und Gesundheit der Bevölkerung gezeigt wird. Die hannoversche Polizei hat zum Beispiel das Zimmer Haarmanns, in dem er seine furchtbaren Untaten vollführte, im Original ausgestellt. Das Attentat von Leiferde ist in einem interessanten Modell vorhanden. Das Glücks- und Falschspielwesen wird in vielen Fällen veranschaulicht, und ein ganzer Spielklubsalon aufgebaut. Selbstverständlich will man eine Reihe von Proben mit Bildern, auch die öfters vorkommenden Diebstahls- und Sittlichkeitsdelikte veranschaulichen. In der Abteilung kriminalistischer Beratung ist Gelegenheit gegeben, wirksame Schutzmittel gegen das Verbrecherunwesen kennenzulernen. Auf der Galerie des Funkhauses sind Stücke aus dem Berliner Kriminalmuseum, Kunstfälschungen, von Gefangenen hergestellte Kunstwerke, Modelle von Gefängnissen usw. ausgestellt. Auch der Erkennungsdienst der Polizei vermittelt Einblicke in seine Arbeitsmethoden. Die gegenüberliegende Seite der Galerie wird von der geschlossenen Abteilung der Kriminalpolizei eingenommen, die dem Publikum nicht zugänglich ist. Fachleuten und Wissenschaftlern ist diese Abteilung jedoch gegen besonderen Ausweis geöffnet.

Eine besondere Ausstellung gibt, wie schon erwähnt, die Berliner Feuerwehr aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens. Da stehen neben den ältesten kleinen Handspritzenwagen die neuesten Motorspritzen mit mechanischen Leitern. Auch eine ganze Reihe deutscher Städte hat hier wertvolles Ausstellungsmaterial beigesteuert.

Auch das Rettungsamt der Stadt Berlin ist auf der Ausstellung vertreten. Für den Rettungsdienst sorgt eine auch als Ausstellungsobjekt dienende Rettungsstelle des Rettungsamtes, die in Betrieb gestellt wird.

•

Da es nicht gut möglich ist, die Ausstellung bei einem Besuch erschöpfend zu besichtigen, so hat die Messeleitung Dauerkarten für 3 M. ausgegeben, die zu einem dreimaligen Besuch berechtigen. Es ist anzunehmen, daß sich in den nächsten Tagen eine wahre Völkerwanderung nach dem Messegelände ergießen wird, da die Ausstellung auch für den einzelnen soviel Wissenswertes enthält, daß nicht nur die Fachleute daraus Nutzen ziehen werden. Ein Lob verdient auch die außerordentlich lebendige Gliederung des Materials. Es gibt wohl viel Statistik, aber in leichtfaßlicher, bildhafter Form.

Eine Trauerfeier für Richard Fischer.

Zu einer schlichten Trauerfeier für den verstorbenen Genossen Richard Fischer, dem langjährigen Geschäftsführer der Vorwärts-Buchdruckerei, versammelten sich heute die Arbeiter und Angestellten des Parteibetriebes im „Vorwärts"-Hause in einem mit Tannengrün und roten Fahnen geschmückten Raum in der Lindenstraße 3. Das Betriebsratsmitglied Riese zeichnete ein Lebensbild des Verstorbenen und erinnerte an seine großen Verdienste um die Partei. Er war allezeit ein Kämpfer, lange Gefängnisstrafen hat er verbüßen müssen, außer Landes mußte er gehen, weil er der Sache der Arbeiter treu war. Immer war er der Freund aller, die am gleichen Werke schafften. Gern erinnern sich seine Kollegen der Stunden, in denen es galt, gemeinsam das Parteigut zu schützen, wie er selbst am Setzerkasten stand, um ein dringendes Flugblatt mitzuschaffen. Während des Kapp-Putsches hat er unerschrocken gewirkt. Vor einem Jahre überbrachten ihm die „Vorwärts"-Betriebe noch die Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag. Heute nehmen wir von ihm Abschied mit dem Gelöbnis, in seinem Sinne treu für die Idee des Sozialismus zu kämpfen. Das Ebert-Manz-Quartett sang „Ueber allen Wipfeln ist Ruh". Das die alten Kämpfer ehrende Lied „Ein Sohn des Volkes will ich sein" beschloß die stimmungsvolle Feier.

Ein dreifacher Mörder.

Frau und zwei Kinder ertränkt.

Zu Anfang des Monats August wurde in Spandau auf Veranlassung der Schweriner Staatsanwaltschaft der polnische Landarbeiter Narloch wegen Mordverdachts verhaftet und von Schweriner Kriminalbeamten nach Schwerin gebracht. Narloch hat jetzt unter der Last der Beweise nach längerem Leugnen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Danach hat er gemeinsam mit seiner Frau sein neun Monate altes Kind in einen Sack gezwängt, mit Steinen beschwert und in ein Wasserloch bei Boizenburg geworfen. Wenige Minuten darauf brachte er seine Frau um und warf sie gleichfalls in das Wasserloch. Am nächsten Tage tötete der Unhold sein zweites fünf Jahre altes Kind. Er band ihm einen Stein um den Hals und ertränkte es in demselben Wasserloch. Nach der Tat fuhr N. nach Berlin, wo er bald darauf in Spandau verhaftet wurde.

Die Explosionskatastrophe in Berlin C.

Zwei Todesopfer.

Das folgenschwere Explosionsunglück, das sich gestern nachmittag in der Schleifsteinfabrik von Herzfeld, in der Kaiserstraße 43, ereignete, über das wir ausführlich in der heutigen Morgenausgabe berichteten, hat zwei Todesopfer gefordert. Gestern abend kurz nach 11 Uhr verstarb der Arbeiter Ewald Grande aus der Landwehrstraße 20. Er hatte furchtbare Verbrennungen am ganzen Körper erlitten, so daß von vornherein wenig Hoffnung bestand, ihn am Leben zu erhalten. Der Tod erlöste ihn von seinen entsetzlichen Leiden. Gegen ½12 Uhr verstarb dann auch der Inhaber und Geschäftsführer Julius Herzfeld aus der Barbarossastraße 42, der ebenfalls in dem brennenden Raum eingeschlossen war. Er starb am Abend im Krankenhaus am Friedrichshain, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Das Befinden der anderen Verletzten gibt zu keinen Besorgnissen Anlaß. Es ist sehr fraglich, ob das Unglück jetzt, nachdem der Geschäftsführer und Verantwortliche Herzfeld seinen Verletzungen erlegen ist, in allen Einzelheiten einwandfrei erklärt werden kann.

„Diana" im Friedrichshain.

Heute früh wurde die Statue der „Diana", die Prof. Lederer geschaffen hat, von ihrem provisorischen Standplatz Unter den Linden entfernt und durch Arbeiter des Gartenamts nach dem Friedrichshain geschafft, nachdem der Sockel vorbereitet war. Unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln wurde das viele Zentner schwere Kunstwerk auf eigens hierzu hergerichteten Transportgeräten unbeschädigt befördert. Auf einem lichten Grünstreifen des „Pappelberges" in unmittelbarer Nähe des großen Teiches wurde das Bildwerk aufgestellt und der Sockel auf einem zementierten Fundament verankert. Der Künstler, Prof. Lederer, wohnte der Aufstellung seines Werkes persönlich bei. Gegen 10 Uhr vormittags erschienen einige Vertreter des Bezirksamtes, und Stadtrat Genosse Brückner nahm in Abwesenheit des am Erscheinen verhinderten Bürgermeisters Genossen Mielitz zu einigen Ausführungen das Wort. Der Berliner Norden und Osten ist bisher noch sehr arm an Kunstwerken. Mit diesem Schmuck wird eine Lücke ausgefüllt. Zwar befinden sich im Bereich des Friedrichshains fast ausschließlich Arbeiterwohnsitze, aber auch hier wird einem derartigen Kunstwerk viel Verständnis entgegengebracht werden. Arbeit, Kunst und Wissenschaft hatten von jeher einen guten Dreiklang. Nach einigen Dankesworten an Prof. Lederer mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß bald weitere Kunstwerke, Parks und öffentliche Anlagen des Nordens zieren mögen, empfahl Genosse Brückner die „Diana" dem Schutze des Publikums.

Ein Motorrad in Flammen. Heute vormittag ist vor dem Hause Bayreuther Straße 13 ein der Polizei gehöriges Motorrad plötzlich in Flammen aufgegangen. Eine riesige Stichflamme schoß empor, die fast bis zum 2. Stockwerk des Hauses reichte. Die in der Nähe sich befindenden Chauffeure versuchten mit Decken das Feuer abzulöschen, was ihnen jedoch nicht gelang. Erst die herbeigerufene Feuerwehr löschte mit einem Handapparat das Feuer in wenigen Minuten. Das Motorrad ist in stark beschädigtem Zustande nach dem in der Bayreuther Straße befindlichen Polizeirevier 127 gebracht worden. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Das städtische Freibad Wannsee bleibt während des ganzen Jahres für Luft- und Sonnenbäder geöffnet.

Die Typhuserkrankungen in Hannover. Die Zahl der an Typhus Erkrankten beträgt heute morgen 1744 gegen 1729 gestern abend, die Zahl der Todesfälle 117 gegen 113 gestern abend.

Paratyphuserkrankungen im Landkreis Trier. Nach einer Mitteilung des Landratsamtes Trier sind im Landkreise Trier in mehreren Orten in den letzten Tagen Fälle von Paratyphus aufgetreten. Gegenwärtig sind 31 Personen im Krankenhaus untergebracht.

Arbeiterwohlfahrt.

Die erste Nummer der neuen Zeitschrift.

Die erste Nummer der von uns bereits angekündigten Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt" ist inzwischen erschienen. In ihrem Geleitwort sagt Genossin Marie Juchacz: „Wir wissen, daß es Zeit geworden ist für eine Zeitschrift der Arbeiterwohlfahrt. Wir wollen die Wohlfahrtspflege durchsetzen mit sozialistischem und demokratischem Geist. Wir wollen dort kämpfen, wo man uns den Eintritt verwehrt oder wo man unseren Einfluß zurückdrängen will. Wir wollen die sozialistische Erkenntnis in der Wohlfahrtspflege verbreiten und vertiefen, die Arbeit für das allgemeine Wohl intensiver und fruchtbarer gestalten."

Dem Geleitwort folgt ein programmatischer Artikel einer der bedeutendsten deutschen Sozialpolitikerinnen, Genossin Dr. h. c. Helene Simon, „Sozialismus und Wohlfahrtspflege", der die Notwendigkeit der Wohlfahrtspflege, ihre Entwicklung aus dem Armenwesen und die besondere Haltung des Sozialismus zu ihr und in ihr schildert. Genosse Max Quarck schreibt über „Prostitution und Fürsorge", ein Thema, das im Hinblick auf das kommende Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von besonderer Bedeutung auch für die Praxis der Wohlfahrtspflege ist und auch auf dem bevölkerungspolitischen Kongreß der Arbeiterwohlfahrt in Jena am 25. und 26. September behandelt wird. Ueber „Die Disziplin der Fürsorgeerziehungsanstalt", eine Frage, die durch das Programm des diesjährigen Fürsorgeerziehungstages in den Mittelpunkt weltanschaulicher Auseinandersetzung gerückt ist, schreibt Toni Pfülf, M. d. R. Es folgen Aufsätze von Dr. Luise Morgenstern über „Pflege an erwerbsloser Jugend" und Hanna Hellinger über „Rechte unehelicher Kinder aus den Sozialgesetzen", die gleichzeitig Neuerscheinungen der Wohlfahrtsliteratur behandeln. Genosse Jadek schildert das sozialhygienische Werk unseres verstorbenen Genossen Silberstein. Ein Aufsatz von Käthe Buchrucker führt in die Reichskinderheilstätte der Arbeiterwohlfahrt, das Ludwig-Frank-Heim im badischen Schwarzwald. In der Rubrik „Mitteilungen" werden ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Fachkommissionen und Orts- und Bezirksausschüsse der Arbeiterwohlfahrt gegeben. Die Zeitschrift spiegelt das reiche Leben dieser jungen Organisation der Partei wieder und wird Theoretikern und Praktikern der Wohlfahrtspflege reiches Material bieten. Nicht zuletzt wird sie den Helfern und Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt das ersehnte Lehr- und Kampforgan sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Das Mitgliedsbuch Nr. 2581 des Genossen Gustav Klemke, Charlottenburg, Sybelstraße 45, ist verloren gegangen. Sollte es irgendwo benutzt werden, dann ist es anzuhalten und an das Bezirkssekretariat einzusenden. J. A.: Alex Pagels.

Aus der Partei.

Winterprogramm für Bildungsarbeit.

Dem soeben zum Versand gelangten Mitteilungsblatt des Parteivorstandes liegt ein vierseitiges Winterprogramm des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit bei, in dem ausführliche Vorschläge für wissenschaftliche und künstlerische Veranstaltungen, Film- und Lichtbildervorführungen enthalten sind. Wir machen die in der Bildungsarbeit tätigen Genossen und Genossinnen auf dieses Programm besonders aufmerksam. Interessenten können es auf Wunsch unentgeltlich beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, R. Weimann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, beziehen.

Aufgehobenes Schiedsgerichtsurteil. Gegen seinen vom Bezirksvorstand für Ostsachsen erfolgten Ausschluß aus der Partei hatte als einziger der Dreiundzwanzig, der Abg. Genosse Castau-Dresden, Einspruch erhoben. Das vom Parteivorstand eingesetzte Schiedsgericht hatte den Ausschluß Castaus aufgehoben. Da sich herausstellte, daß einer der Beisitzer des Schiedsgerichts nicht mehr Mitglied unserer Partei ist, erklärte der Parteivorstand das Schiedsgerichtsurteil als nicht zu Recht bestehend und ordnete die Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts an. Nachträglich hat auch der Bezirksvorstand unter Berufung auf diesen Mangel in der Besetzung des Schiedsgerichts gegen das Schiedsgerichtsurteil Einspruch beim Parteivorstand eingelegt.

Theater der Woche.

Vom 26. September bis 4. Oktober 1926.

Volksbühne: 26., 28., 29. Der dütsche Michel. 27. Judith. Ab 30. Lysistrata. — **Opernhaus am Platz der Republik:** 26. Aida. 27. Die lustigen Weiber. 28. Oberon. 29. La Traviata. 30. Tristan und Isolde. 1. Tosca. 2. Margarete. 3. Walküre. 4 Die lustigen Weiber. — **Schauspielhaus:** 26. und 1. Die Räuber. 27., 28. und 30. Amphitrion. 29. Jugend. 2. Napoleon. 3. Die beste Polizei. 4. Kreis-Paris. — **Schiller-Theater:** 26., 27., 30., 1. und 2. Die Welt, in der man sich langweilt. 28. Fahrt nach der Südsee. 29. und 4. Peer Gynt. 3. Herodes und Mariamne. — **Lessing-Theater:** Veronika. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Bis 1. Zweimal Oliver. Ab 2. Mrs. Cheneys Ende. — **Städt. Oper Charlottenburg:** 26. und 30. Fidelio. 27. Der fliegende Holländer. 28. Die Bohème. 29. Tiefland. 1. Rigoletto. 2. Pique-Dame. 3. Margarethe. 4. Fatinitza. — **Großes Schauspielhaus:** Von Mund zu Mund. — **Theater des Westens:** Der Zug nach dem Westen. — **Die Tribüne:** Unterwegs. — **Deutsches Künstler-Theater:** Das große Abenteuer. — **Komödienhaus:** Bis 1. Herr von Saint-Obin. Ab 2. Einbruch. — **Berliner Theater:** Miß Amerika. — **Neues Theater am Zoo:** Ich hab dich lieb. — **Trianon-Theater:** Bis 30. Der müde Theodor. Ab 1. Birnentragödie. — **Residenz-Theater:** Das Absteigequartier. — **Zentral-Theater:** Kampf in der Hochzeitsnacht. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Taifun. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — **Komische Oper:** Adrienne. — **Lustspielhaus:** Kukuli. — **Metropol-Theater:** Wieder Metropol. — **Thalia-Theater:** Der Biberpelz. — **Theater am Nollendorfplatz:** Ab 1. Dybuk (Gastspiel). — **Theater am Kurfürstendamm:** Es geht schon besser. — **Kleines Theater:** Bis 30. Die fleißige Leserin. Ab 1. Menschenfreunde. 11 Uhr Nachtspiele: Gastspiel Bella Siris. — **Wallner-Theater:** Hofemanns Töchter. — **Theater in der Lützowstraße:** Spreewaldmädel. — **Rose-Theater:** Bis 28. Die Stecknadel im Heuwagen. Ab 29. Ehrliche Arbeit. — **Kasino-Theater:** Bis 30. Was Liebe vermag. Ab 1. Gräfin Tippmamsell. — **Nelson-Theater:** Die tanzenden Fräuleins. — **Theater im Admiralspalast:** Haller-Revue „An und aus". — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 3. Faust. — **Schauspielhaus:** 26. und 3. Doppelselbstmord. — **Großes Schauspielhaus:** 26. und 3. Von Mund zu Mund. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 26. Die zärtlichen Verwandten. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 3. Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — **Rose-Theater:** 2. und 3. Aschenbrödel. — **Theater im Admiralspalast:** 26. und 3. Haller-Revue „An und aus".

Kommunisten und Achtstundentag.

In den städtischen Krankenanstalten.

Unsere Leser sind unterrichtet über den hartnäckigen Kampf, den der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband geführt hat um die Wiedereinführung des Achtstundentages in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten Berlins, ein Kampf, der schließlich zum vollen Siege geführt hat. Nun kommt die „Rote Fahne" nachträglich angehinkt und versucht, diesen Sieg als einen kommunistischen Sieg hinzustellen. Sie schreibt:

„Am 5. Dezember 1925 brachte die kommunistische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in sämtlichen städtischen Krankenpflegeanstalten wird unverzüglich die 48-Stunden-Woche in der Form des ungeteilten Achtstundentages eingeführt."

Nach langer Sabotage des Magistrats, gegen den die Kommunisten wiederholt vorstoßen mußten, und nachdem der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gleichfalls der kommunistischen Forderung beitrat, mußte die Stadtverwaltung ihren Widerstand aufgeben."

Diesen wirklich sehr kühnen Behauptungen wollen wir die Tatsachen chronologisch gegenüberstellen.

Am 3. September 1924 veröffentlichte der „Vorwärts" einen längeren Artikel über die unmöglichen Zustände in den Berliner städtischen Krankenanstalten, die sich infolge der Verlängerung der Arbeitszeit auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers herausgebildet hatten. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hatte darauf sowohl an die sozialdemokratische wie an die kommunistische Stadtverordnetenfraktion einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages für die Krankenschwestern gestellt.

Während die kommunistische Stadtverordnetenfraktion untätig blieb, brachte unser verstorbener Genosse Dr. Weyl einen entsprechenden Antrag ein. Diesem Antrag, der von der Deputation für das Gesundheitswesen angenommen wurde, trat der Magistrat bei. Durch eine Rundverfügung des Magistrats vom 18. Februar 1925 wurde der Achtstundentag für die Krankenschwestern wieder eingeführt.

Darauf stellte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband am 9. März 1925 an den Magistrat den Antrag, den Achtstundentag in Kranken- und Pflegeanstalten allgemein wieder einzuführen. In der Folge fanden zwischen dem Magistrat und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband darüber Verhandlungen statt. Da diese Verhandlungen sich in die Länge zogen und der Magistrat keine sonderliche Neigung an den Tag legte, dem Antrag beizutreten, stellte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband am 2. Juli 1925 an beide Fraktionen den gleichen Antrag. Dieser Antrag wurde von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion übernommen, während die Kommunisten ihn zu den Akten legten.

Es fanden dann weitere Verhandlungen statt, und am 2. Dezember 1925 reichte der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband aufs neue den Antrag auf Wiedereinführung des Achtstundentages ein. Diesem Antrag ist dann endlich auch die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beigetreten. Die Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag an.

Der Magistrat trat dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung jedoch nicht bei. Die Stadtverordnetenversammlung ernannte darauf eine besondere Kommission. Auf Antrag des Berichterstatters, Genossen Urich, erneuerte die Stadtverordnetenversammlung ihren Beschluß.

Der Magistrat ernannte gleichfalls eine Kommission zur Prüfung der Frage. Das Ergebnis dieser Prüfung war, daß zwischen dem Magistrat und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband Verhandlungen gepflogen wurden, deren Ergebnis Richtlinien waren, auf Grund deren der Achtstundentag in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten ab 1. Oktober 1926 wieder eingeführt wird.

Aus der Veröffentlichung der „Roten Fahne" und aus der chronologischen Wiedergabe der einfachen Tatsachen geht also hervor, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion sich eines gesunden Schlafes erfreut. 15 Monate lang war die Aktion bereits im Gange und tatsächlich war der Sieg schon errungen, als die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erwachte, um dem Siege zu Hilfe zu eilen. Ergötzlich ist, daß die „Rote Fahne" in ihrer beispiellosen Unkenntnis der Tatsachen einen Antrag veröffentlicht, den die kommunistische Stadtverordnetenfraktion vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erhalten hat, von dem das bolschewistische Blatt aber behauptet, daß der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband ihm nachträglich beigetreten wäre.

Auch die Gasbetriebsgesellschaft muß zahlen.

Der Schiedsspruch für verbindlich erklärt.

Der Schiedsspruch, monach die Löhne der Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft entsprechend der Lohnerhöhung in den städtischen Werken um zwei Pfennig pro Stunde erhöht wird, ist vom Schlichter für verbindlich erklärt worden. Der Schiedsspruch tritt mit Wirkung ab 7. September in Kraft und ist unbefristet. Er kann zu jedem Monatsersten mit 14tägiger Frist gekündigt werden.

Cook zum Schreiben Baldwins.

Keine Lösung des Konfliktes.

London, 25. September. (TU.) Nach Empfang des Schreibens von Baldwin erklärte Cook, daß die Regierung damit den Bericht der Kohlenkommission endgültig abgelehnt habe. Die am Montag zusammentretende Bergarbeiterexekutive werde ihre Entscheidung treffen. Er glaube, daß die Haltung der Regierung die Opposition der Bergarbeiter in den Grubenbezirken gegen die Bedingungen, die man ihnen aufzwingen wolle, verstärken werde. Er sehe noch kein Zeichen für eine Lösung des Konfliktes und die Beendigung des Kampfes, weil die in den Bezirken angebotenen Bedingungen eine angemessene Lebensführung nicht gestatteten.

Die Folgen des Streiks.

London, 25. September. (EP.) Die Kohlenpreise für England haben sich seit Beginn der Kohlenkrise ganz bedeutend erhöht. Während für 112 Pfund früher 1 Schilling 8 Pence und 1 Schilling 1 Pence gezahlt wurden, war hier der Preis jetzt zwischen 5 und 7 Schilling. Außerdem ist der Gaspreis, der seit drei Monaten schon zweimal erhöht worden ist, wiederum heraufgesetzt worden, und zwar im Zusammenhang mit dem Kohlenstreik.

Eine Wohlfahrtseinrichtung der Reichsbahn.

Aus Eisenbahnerkreisen wird uns geschrieben: In letzter Zeit machen die Wohlfahrtseinrichtungen der Reichsbahndirektion viel von sich reden. Bei einer Anzahl Dienststellen ist bereits auf Drängen der Kantinen- und Wirtschaftsausschüsse großes Reinemachen erfolgt. Auf dem Anhalter Güterbahnhof, Speicher I, scheint sich die zuständige Stelle nicht an die Dinge heranzutrauen, trotzdem der Ortsbetriebs- und Beamtenrat einmütig der Auffassung ist, daß der Kantinenverwalter H. nicht nur der unfähigste Sachverwalter ist, sondern auch erhebliche Preisüberschneidungen an einer Anzahl zum Verkauf stehender Artikel vorgenommen hat. Das Ergebnis ist ein erklecklicher Nebenverdienst von 40 bis 60 M. in der Woche. H. duldete sogar, daß der Vertreter der Firma Jansen eine Rechnung vorlegte, die die an sich schon hohen Preise erneut um 3 Pf. überschnitt. Anläßlich dieses Verhaltens wurde der Firma Jansen die Lieferung entzogen. H. aber verstand es, den inzwischen bei einer anderen Firma tätigen Vertreter erneut mit der Lieferung von Waren zu beauftragen.

Wir sehen heute davon ab, den Wust von Klagen und Beschwerden der Belegschaft des Speichers I in allen Einzelheiten darzulegen. Der Reichsbahndirektion wird aber empfohlen, Leute mit der Geschäftsführung der Wohlfahrtseinrichtungen zu betrauen, die nicht aus dem Holz geschnitzt sind, wie dieser Verwalter.

Wir hoffen aber auch, daß die zuständige Stelle dem Beschluß des Ortsbetriebs- und Beamtenrats, H. möglichst schnell durch einen anderen Mann zu ersetzen, nachkommt, damit keine Verhältnisse einreißen, die schließlich einer Anzahl Arbeitern oder Betriebsräten Lohn und Brot kosten.

Schiedsspruch für den oberschlesischen Kohlenbergbau.

Gleiwitz, 25. September. (WTB.) Unter dem Vorsitz des Schlichters für Oberschlesien, Oberregierungsrat Dr. Brandes, fanden gestern hier Verhandlungen über die Entlohnung der Arbeiter im oberschlesischen Steinkohlenbergbau statt, die zu keinem Ergebnis führten. In der darauf gebildeten Schlichterkammer wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die bisherige Lohntafel für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau vom 4. August 1926 bis zum 31. März 1927 verlängert wird. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 28. September. Die Frage der Entlohnung der Arbeiter von den Eisenhütten dürfte erst Anfang Oktober zur Entscheidung kommen.

Militärdiktatur in Nicaragua.

(IGB.) Der Panamerikanische Gewerkschaftsbund erhält Briefe aus Nicaragua, die zeigen, daß seit dem Sturz der verfassungsmäßigen Regierung durch Chamorre in diesem Lande geradezu unglaubliche Zustände herrschen. In einem der Schreiben wird u. a. ausgeführt: „Die Freiheit und die Rechte der Arbeiterorganisationen sowie die Bürgerrechte werden mit Füßen getreten. Die hervorragendsten Führer des Landes und der Arbeiter sind auf Anweisung des militärischen Oberbefehlshabers in Militärbaracken gefangen gesetzt worden. Sie werden in brutalster Weise behandelt und oft sogar geschlagen. Noch nie waren wir Zeugen von so barbarischen Ausschreitungen, wie sie unter den Soldaten vorkommen, die im Auftrage des Usurpators handeln. Alle Arten von Inquisitionsmethoden und Foltern sind eingeführt worden, um Arbeiter und Bürger einzuschüchtern. Die Straßen werden von berittenen Soldaten beherrscht, die die Arbeiter zum Bau von Festungen zwingen. Die Armee Chamorres nimmt den Bauern die Ernte und das Vieh, den Kaufleuten ihre Waren. Die Arbeiter sind gezwungen, entweder Soldaten zu werden, sich der Zwangsarbeit zu unterwerfen oder Steuern zu zahlen. Wer nicht zahlt, wird aufs schlimmste verfolgt oder gar totgeschlagen.

Wir wünschen, daß dieses Vorgehen von Chamorre bekannt wird und fordern Euch auf, für den Frieden in unserem Lande einzutreten."

Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt.

Montreux, 25. September. (WTB.) Die Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt hat, nachdem sie gestern ihre Kommissionsberatungen beendet hatte, heute morgen ihre erste Generalversammlung abgeschlossen. Sie nahm u. a. Berichte entgegen von Horand-Zürich, Lazard-Paris, Dr. Stern-Prag, Grieser-Berlin usw. über die rechtliche Lage der Angestellten, die internationale Kreditkontrolle zur Verhütung der Wirtschaftskrisen und der Arbeitslosigkeit, Wahrung der erworbenen Rentenansprüche aus der Sozialversicherung bei Uebergang der Arbeiter oder Hinterbliebenen aus einem Lande in das andere, über die finanziellen Lasten der Sozialversicherung, die internationale Unfallverhütung usw. Bundeskanzler a. D. Renner wies in seiner Schlußrede auf die Erfolge der Tagung hin und lud die Delegierten zur nächstjährigen Generalversammlung nach Wien ein. Fontaine-Paris dankte dem Vorstand für die wohlgelungene Durchführung der Konferenz.

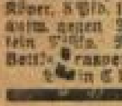
Die Differenzen im „Hacke-Specht" beigelegt. Ueber die Differenzen mit der genannten Firma hat eine Aussprache stattgefunden, in der sich ergab, daß diese zum Teil aus Irrtümern entstanden waren. Die Angelegenheit ist nunmehr zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt und das alte Verhältnis wiederhergestellt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39—40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Von Möbel
Speise- — Herren- — Schlaf- — Zimmer, bekannt gut und billig.
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 121
Ecke Schiller-Str.
Besichtigen Sie mein reichhaltiges Lager.

HAUS UND HAUSRAT GILDENHALL G. M. B. H.
MÖBEL HAUSRAT
in schlicht. Form u. gediegn. Ausführg.
VERKAUFS-STELLEN: Berlin W, Königin-Augusta-Str. 21 an der Potsdamer Brücke
Berlin NO, Gr. Frankfurt. Str. 41-42
Charlottenburg, Bismarckstr. 85



Bettfedern
aus erster Hand. Pfd. grau 60 Pf., gerissen 90 Pf., Rupf 1.75, Halbdaune 2.75, 4, weiß Flaumrupf 4, beste 5, Daune 7, weiß 8—10, Schleißdaune 4, Oberbett, in rotsarb. Köper, 8 Pfd. 16, 18, Kissen, 3 Pfd. 3.50, 5.50 austm. gegen Nachn. Muster, Preisl. frei, kein Risiko. Nichtpassend zurück. Böhm. Betten-Versandhaus Sachsel & Stadler, Berlin C 19, Landsberger Str. 43

Auf Teilzahlung!
MÖBEL
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I
am Hochbahnhof Nordring

Inserieren bringt ERFOLG!

Tapeten 25, 30, 35 Pfg. Riesenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocosmatten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a Ecke Elsässer Straße
Vorzeiger erhält 5 Prozent Rabatt.

Magenbeschwerden
aller Art

auch Sodbrennen, Aufstossen
beseitigt schnell und sicher
Apotheker Schuh's Magenwein
Fordern Sie nur diese Marke in den Apotheken und Drogerien.
Zu haben in allen Apotheken.
Dortselbst ist auch das bestens empfohlene Mittel gegen Arterienverkalkung
CORDOL zu haben, sowie alle homöopathischen Mittel
Weitere Verkaufsstellen weisen nach C. Schmittner & Co., Berlin-Wilmersdorf, Babelsberger Strasse 2. — Pfalzburg 4074 und 3495

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und billig!